



Newsletter vom 23. August 2026

Inhalt

Bildung bedeutet Vertrauen ins eigene Denken gewinnen.....	2
21. August 2026, Hanspeter Amstutz.....	2
Warum Freiheit Halt braucht.....	4
Journal21, 9. August 2026, Carl Bossard.....	4
Ja keinen Stress!.....	6
NZZ am Sonntag, 9. August 2026, Debatte Schule, René Donzé.....	6
Lernen heisst nicht Wellness.....	10
NZZ am Sonntag, 16. August 2026, Debatte, Leserbrief.....	10
«Wir haben die schlechtesten Schülerleistungen aller Zeiten».....	12
Sonntagszeitung, 16. 8. 2026, Nadja Pastega.....	12
Die Schule ist keine Nachvollzugsanstalt.....	17
NZZ, 7. August 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Klaus Zierer.....	17
Die Frühdigitalisierung ist kein pädagogischer Fortschritt.....	19
Starke Schule beider Basel, 12. August 2026, Hanspeter Amstutz.....	19
Lernschwächen oder ADHS: Jeder zweite Schüler braucht Unterstützung.....	21
Tages-Anzeiger, 14. August, 2026, Politik & Wirtschaft, Claudia Blumer.....	21
Vernichtende Umfrage über die integrative Schule.....	23
NZZ, 14. August 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann.....	23
LCH-Umfrage: Die ernüchternde Bilanz der Integration.....	25
Starke Schule beider Basel, 15. August 2026, Aleya Kara.....	25
Die Ablehnung ist viel grösser.....	27
Tages-Anzeiger, 20. August 2026, Forum, Leserbrief.....	27
Stellungnahme des Vereins «Starke Volksschule St. Gallen» zum neuen Volksschulgesetz.....	28
Starke Volksschule St. Gallen, 2. Juli 2026.....	28



Bildung bedeutet Vertrauen ins eigene Denken gewinnen

21. August 2026, Hanspeter Amstutz

Die beiden letzten Wochen rund um gestaffelten Schulstart nach den Sommerferien hatten es bildungspolitisch in sich. Was da an Themen aufgegriffen wurde, ging weit über die üblichen Vorschläge zu Strukturreformen, zu Notendiskussionen und den Streit ums Frühfranzösisch hinaus. Mit einer selten erlebten Geradlinigkeit wurde der Frage nachgegangen, welche pädagogischen Grundeinstellungen den Unterricht tatsächlich verbessern und was der Schule am meisten schadet. Dabei wagten es die beiden grossen Medienhäuser von NZZ und Tamedia, die wirklich heissen Eisen der aktuellen Bildungspolitik ohne Scheuklappen anzupacken. Weder das überfordernde Integrationskonzept oder der zur Gleichmacherei neigende Lehrplan wurden dabei verschont. Für einmal stimmten die Redaktionen auch nicht ins bekannte Lied für mehr Ressourcen für das Gelingen der Reformen ein. Das sind völlig neue Töne, die mit grosser Klarheit eine realitätsbezogene Bildungspolitik ankündigen.

Die Urteilkraft stärken, heisst das Denken fördern

Carl Bossard gehört zu den Autoren, denen es gelingt, auch in der Pädagogik die Spreu vom Weizen zu trennen. In seinem Beitrag zum Schulanfang sieht der erfahrene Bildungsfachmann die Schule durch überzogene Zielsetzungen unter einem erheblichen Druck. Vieles wird heute von den Kindern gefordert, bevor sie dafür über die nötigen mentalen und psychischen Voraussetzungen verfügen. Man ist bei der Bildungsplanung zu oft von Bildungszielen ausgegangen, die für viele Schüler ohne gründliche und zeitaufwändige Vorbereitungen gar nie erreichbar sind.

So ist es eine Illusion von Sechstklässlern zu erwarten, dass sie die Urteilkraft haben, tendenziöse Beiträge auf TikTok ohne weiteres zu erkennen. Erfolgreiche Medienkunde kann sich nicht mit ein paar nützlichen Verhaltenstipps fürs Internet begnügen. Ohne Lesekompetenz und solides Grundwissen der Schüler bleiben die Schüler orientierungslos den neuen Medien ausgeliefert. Kompetente Lehrkräfte müssen deshalb die Schüler immer wieder an anspruchsvolle Texte heranzuführen, damit ihre Urteilkraft gestärkt wird. Am Trainieren des Denkens in allen Fächern führt kein Weg vorbei, wenn man die spätere Selbständigkeit der Heranwachsenden zum Ziel hat.

Verabschiedet sich die Schule vom Leistungsgedanken?

René Donzé wagt in seinem doppelseitigen NZZ-Beitrag die These, wonach in der Schule dem Leistungsgedanken deutlich weniger Wert beigemessen wird. Ausgangspunkt für seine Ausführungen sind Schulen in der Stadt Luzern, welche auf Prüfungsnoten unter dem Jahr verzichten und nur noch abschliessende Semesterzeugnisse ausstellen. Grund für den Verzicht sind grosse Vorbehalte gegenüber der bisherigen Notengebung. Manche Lehrpersonen finden, dass Schulnoten subjektiv, oft demotivierend und wenig aussagekräftig seien.

Das sieht der Erziehungswissenschaftler Roland Reichenbach anders. Er anerkennt zwar, dass Noten nur bedingt das Leistungsvermögen eines Schülers präzise abbilden. Aber solange man Schüler auf relativ unkomplizierte Weise beurteilen und den Leistungsgedanken hochhalten will, bleibt eine



Beurteilung mit Noten unverzichtbar. Reichenbach sieht durch die laufenden Reformen das Leistungsprinzip und das Übungsethos erheblich geschwächt. Bedenklich findet er die stark forcierte Transformation der Lehrpersonen zu Lernbegleitern. «Menschliche Entwicklung braucht ein Gegenüber, das nicht nur motiviert, sondern auch einfordert», hebt er hervor.

Erzwungene Gleichmacherei schwächt den Leistungsgedanken

Nicht Gleichheit, sondern die bestmögliche Bildung für jeden muss das Ziel einer guten Schule sein. Das Interview in der Sonntagszeitung mit einem ehemaligen deutschen Bildungsminister bringt es auf den Punkt, warum heute nicht nur an deutschen Schulen vieles schief läuft. Er deckt auf, wie immer neue Reformen mit einem Gleichheitsanspruch die Lehrkräfte ausser Atem bringen. So verliert sich die forcierte Individualisierung in ausufernder Unübersichtlichkeit. Für jedes Kind müssen individuelle Lernwege ausgearbeitet werden in der Hoffnung, dass alle irgendwann im eigenen Lerntempo die unzähligen Kompetenzziele erreichen. Doch die Erfolge sind äusserst bescheiden.

Wird KI vorhandene Potenziale der Schüler besser ausschöpfen?

Die Vorstellung künstliche Intelligenz könne als Entlastung für überforderte Lehrkräfte einspringen, ist verlockend. Doch im NZZ-Beitrag von Klaus Zierer werden die viel zu hohen Erwartungen an die KI in der Volksschule zerzaust. KI kann das Trainieren des Denkens und die gezielte Förderung von Begabungen durch eine empathische Lehrkraft nicht ersetzen. Auch mit einer Frühdigitalisierung, wie sie einige Primarschulen bereits eingeführt haben, werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Mehr Bildungsgerechtigkeit im Sinne der Ausschöpfung vorhandener Anlagen und Talente zu schaffen, ist zentral. Bei schwächeren Schülern ist der Mut zur Lücke in gewissen Stoffbereichen zielführend, damit genug Zeit für die intensive Förderung vorhandener Stärken bleibt. Begabtere hingegen blühen auf, wenn sie breit und anspruchsvoll gefordert werden. Doch dieser klare Blick auf die vorhandenen Potenziale gelingt nur, wenn die rosa Brille der Gleichmacherei beiseitegelegt wird.

Die Lehrerbildung muss sich der Schulrealität stellen

Verschiedene Kommentatoren und Leserbriefschreiber fordern übereinstimmend, dass sich die Lehrerbildung mit allen Konsequenzen endlich der Schulrealität stellen müsse. Sie sehen in einer stärker auf die Schulpraxis ausgerichteten Ausbildung eine zentrale Weichenstellung für eine innere Schulreform.

Eines ist klar: Die Ausbildung darf nicht länger das Experimentierfeld für praxisferne Dozierende sein und schon gar nicht ein pädagogisches Rom für unantastbare Dogmen. Die von der Hochschule für Heilpädagogik durch alle Böden hindurch verteidigte Totalintegration ist dafür ein trauriges Beispiel, wie Realitätsverweigerung auf die Spitze getrieben werden kann. Die ständige Wiederholung der Forderung nach zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen macht dabei die Sache nicht besser. Ohne die grossen kulturellen Bildungsziele aus den Augen zu verlieren, gilt es radikal die Frage zu stellen, was den Kindern und Jugendlichen wirklich hilft, an eigener Leistungsstärke zu gewinnen. Die Ausbildungsstätten müssen imstande sein, die Studierenden mit einem vollen



Rucksack an brauchbaren Werkzeugen und pädagogischer Urteilskraft für einen erfolgreichen Unterricht auszurüsten.

LCH-Befragung zur Integration und Kritik am St. Galler Lehrplanentwurf

Viel Medienecho ausgelöst hat die Bekanntgabe der Resultate der Befragung der Mitglieder des Schweizerischen Lehrerverbands LCH zur schulischen Integration. Aufmerksame Beobachter des Schulgeschehens haben die Ergebnisse kaum überrascht. Während die Präsidentin des LCH von einer gespaltenen Lehrerschaft spricht und zur Entlastung der Klassenlehrkräfte deutlich mehr Personal fordert, fallen die meisten Kommentare deutlich schärfer aus. Von enttäuschten Hoffnungen und gar von einem totalen Scheitern der Integration ist die Rede. Die Neubewertung der Situation ist auf jeden Fall zu begrüßen, denn sie bietet die grosse Chance, separative Lösungen mit Förderklassen als vollwertige Ausbildungswege zu akzeptieren.

Unsere Schwesterorganisation in St. Gallen hat sich mit dem kantonalen Lehrplanentwurf intensiv auseinandergesetzt. Die St. Galler sind zwar etwas später dran als andere Kantone, aber sie haben dadurch den Vorteil, von den Erfahrungen ihrer Nachbarn profitieren zu können. Entsprechend spannend ist zu lesen, wo die Starke Volksschule St. Gallen die Schwachpunkte des Lehrplans sieht und Vorschläge für wesentliche Verbesserungen macht.

Hanspeter Amstutz

Warum Freiheit Halt braucht

Journal21, 9. August 2026, Carl Bossard

Zum Schulstart richtet sich der Blick auf neue Kompetenzen, digitale Möglichkeiten und die Anforderungen der veränderten Welt. Doch bevor Kinder selbstständig denken, urteilen und Verantwortung übernehmen können, brauchen sie etwas Grundlegenderes: Halt. Freiheit wächst aus Erfahrung, Begleitung und Vertrauen.

In diesen Tagen stehen wieder Tausende Kinder vor einem Schulhaus. Manche greifen noch nach der Hand ihrer Mutter oder ihres Vaters, andere eilen schon mutig voraus. Alle tragen einen Schulsack – und viele Erwartungen. Für sie beginnt ein Weg, dessen Ziel niemand genau kennt. Das ist auch nicht nötig. Entscheidend ist vielmehr: Was muss Schule Kindern ermöglichen, damit sie einmal ihren eigenen Lern- und Lebensweg gehen können?

Wir verlangen viel – aber fragen selten nach dem Fundament

Wir führen heute Debatten über Bildungsziele. Über Kompetenzen, Digitalisierung, Selbstständigkeit oder künstliche Intelligenz. Das alles ist wichtig. Doch wir sprechen erstaunlich selten über die Voraussetzungen, aus denen diese Ziele überhaupt wachsen. Nicht: Was sollen Kinder einmal können? Sondern: Woraus wächst, was wir später mit Recht von ihnen erwarten dürfen? Genau dort beginnt die eigentliche Bildungsfrage.



Wir wünschen uns selbstständige junge Menschen, die Verantwortung übernehmen, kritisch denken und sich in einer Welt im rasanten Wandel dereinst zurechtfinden. Das sind berechnigte Ziele. Doch Ziele sind noch keine Voraussetzungen. Wir verlangen Selbstständigkeit, bevor sie wachsen konnte. Wir erwarten Urteilskraft, bevor Denken eingeübt wurde. Wir fordern Flexibilität, bevor Kinder jenen Halt gefunden haben, der sie überhaupt erst beweglich macht. Ohne Halt trägt Freiheit nicht. Vielleicht liegt gerade darin eine Schwäche unserer Bildungsdebatte: Unser Blick richtet sich ständig auf Ziele. Kaum auf den Boden, auf dem sie entstehen.

Der kleine Hinweis, der Selbstständigkeit ermöglicht

Diese Frage entscheidet sich nicht in bildungspolitischen Programmen. Sie entscheidet sich Tag für Tag im Unterricht. Der Schulalltag erzählt eine andere Geschichte. Kurz vor den Sommerferien besuchte ich eine Unterrichtsstunde. Die Schülerinnen und Schüler arbeiteten selbstständig an einer anspruchsvollen Aufgabe. Jeder für sich. Dabei beobachtete ich einen Schüler. Er begann, stockte und wusste nicht weiter. Die Lehrerin setzte sich zu ihm. Sie löste die Aufgabe nicht. Sie stellte zwei Fragen, gab einen kleinen Hinweis – und ging wieder. Wenige Minuten später arbeitete der Junge konzentriert weiter. Nicht, weil die Aufgabe einfacher geworden wäre. Sondern weil jemand ihm genau jene Unterstützung gegeben hatte, die ihm den nächsten Schritt ermöglichte.

Ein Kind wird nicht selbstständig, indem man es allein lässt. Es wird selbstständig, weil jemand ihm etwas zeigt, mit ihm übt, ihm etwas zutraut, es korrigiert, ermutigt und Schritt für Schritt loslässt. Selbstständigkeit ist die Frucht guter Führung – nicht ihr Ersatz.

Warum Freiheit ohne Halt nicht frei macht

Wer einmal erlebt hat, dass eigenes Denken trägt, gewinnt Vertrauen in sich selbst. So erfahren Kinder: Denken kann wachsen – Schritt für Schritt. Selbstständigkeit entsteht selten allein. Denn Freiheit ist kein Anfang, sondern ein Ergebnis. Sie wächst dort, wo Unterstützung den nächsten eigenen Schritt ermöglicht.

Gerade darin liegt die eigentliche Herausforderung künstlicher Intelligenz. Sie verändert den Bildungsauftrag nicht; sie macht ihn anspruchsvoller. Maschinen liefern Antworten. Menschen müssen lernen, sie zu beurteilen. Das eigene Denken können Maschinen nicht ersetzen. Gefährlich wird es erst, wenn wir selbst die Übung des Denkens aufgeben. Deshalb wird Urteilskraft zur Schlüsselkompetenz der Zukunft. Doch sie entsteht nicht auf Knopfdruck. Sie will immer wieder neu geübt werden.

Lesen ist mehr als eine Kulturtechnik. Wer Texte versteht, erschliesst sich die Welt – und gewinnt damit ein Stück Selbstständigkeit.

Die Zukunft braucht denkende Menschen

Deshalb führt auch der Gegensatz zwischen Digitalisierung und bewährter Bildung in die Irre. Digitale Werkzeuge eröffnen neue Möglichkeiten. Aber sie ersetzen weder das sorgfältige Lesen noch das geduldige Ringen um Sprache oder den gemeinsamen Austausch im Klassenzimmer. Die eigentliche Alternative lautet nicht digital oder analog. Sie lautet: oberflächliche Information oder vertieftes Denken.



Bildung ist mehr als Vorbereitung auf Prüfungen

Zum Beginn des neuen Schuljahres lohnt sich eine einfache Erinnerung. Schule bereitet Kinder nicht zuerst auf Prüfungen oder Berufe vor. Sie schafft die Voraussetzungen, aus denen Bildungsziele wachsen: damit junge Menschen denken, urteilen und Verantwortung lernen. Erst daraus wächst, was wir später mit Recht von ihnen erwarten dürfen.

Der Mut zum eigenen Weg beginnt in der Schule

Schule weist Kindern nicht ihren Lern- und Lebensweg. Aber sie kann ihnen den Mut geben, ihn selbst zu gehen. Wenn in diesen Tagen Kinder wieder ihre Schultaschen schultern, beginnt mehr als ein neues Schuljahr. Es beginnt ein neuer Abschnitt ihres Lebens. Wohin ihr Weg sie einmal führen wird, weiss wohl niemand. Vielleicht beginnt Bildung genau dort, wo ein Kind erlebt: Jemand traut mir den nächsten Schritt zu.

Ja keinen Stress!

NZZ am Sonntag, 9. August 2026, Debatte Schule, René Donzé

Die Schule verabschiedet sich vom Leistungsgedanken, Wettbewerb war gestern, Noten sind zunehmend verpönt. Stattdessen geht es vor allem darum, dass sich die Schüler wohlfühlen. Kann das gutgehen? Von René Donzé

Das Blatt ist gespickt mit Rechtschreibfehlern: «Ich hätte vielleicht bischen mehr zeit gebraucht», hat das Kind auf den Fragebogen geschrieben, und: «mir ist das Konsentrieren gut gelungen». Es sind Selbsteinschätzungen eines Schülers aus der gemischten 5. und 6. Klasse der Lehrerin Janine Möll im Schulhaus Felsberg. Der denkmalgeschützte Bau steht erhöht über der Stadt Luzern, der Blick aus dem Fenster schweift vorbei an zwei Kirchturmspitzen über die Dächer der Stadt hinweg und geht bis zum Pilatus.

Es ist kurz vor den Sommerferien, die Schule ist aus, die Bänke sind leer. Die Lehrerin Möll blättert durch die Ordner ihrer Schülerinnen und Schüler, mit den Blättern, auf denen sich die Kinder selber beurteilen und sich weitere Ziele setzen. Diese dienen als Basis für ihre regelmässigen Coaching-Gespräche mit den Kindern. Sie sind auch Teil der Rückmeldungen der Schule an die Eltern.

Der Lehrerin Möll geht es bei den Sätzen auf diesen Bögen nicht um korrekte Grammatik und Orthografie. Die Kinder hier steigen mit lautgetreuem Schreiben in ihre Schullaufbahn ein, «um den Schreibprozess nicht zu behindern», sagt sie. Erst später korrigiert sie die Rechtschreibung im Rahmen des Unterrichts. Bei den Beurteilungsbögen und Gesprächen hingegen sollen sich die Kinder reflektieren und ein differenziertes Feedback ihrer Lehrerin erhalten: Wo hast du deine Ziele erreicht, was sind deine Lernfortschritte, wie hast du dich vorbereitet, was müssen wir angehen, damit es beim nächsten Mal noch besser wird? Darüber diskutiert sie regelmässig mit ihren Schülern. Noten gibt es dabei keine.



Die Orientierung verloren

Seit fünfzehn Jahren schon unterrichtet Janine Möll auf Primarschulstufe, vor zehn Jahren begann sie, sich schrittweise von Prüfungsnoten zu verabschieden, seit einigen Jahren verzichtet sie ganz darauf. Das hat aus ihrer Sicht viele Vorteile: «Wenn ein Schüler eine Note sieht, ist für ihn der Lernprozess abgeschlossen. Dann ist eine Ziffer in seinem Kopf verankert, die im Grundsatz gar nichts aussagt», erklärt sie. In ihrer Klasse hingegen erhielten die Kinder differenzierte Rückmeldungen, nicht nur auf Prüfungen. «Dieses System ist aussagekräftiger, präziser und wird den einzelnen Kindern gerechter.» Möll spricht von verschiedenen Beurteilungsanlässen wie Arbeitsblättern, Vorträgen, Tests.

Aus all diesen Beobachtungen ergibt sich ein Gesamtbild für die Zeugnisnote, die sie halbjährlich ausstellen muss, das ist Gesetz. Diese sei dann ein «pädagogisch begründeter Ermessensentscheid», der auch im Team mit den Lehrerkolleginnen zustande komme. Mit ihrem Vorgehen hat Möll etwas vorweggenommen, was ab dem neuen Schuljahr in der ganzen Stadt Luzern in der Primar- und der Oberstufe Vorschrift ist: Noten dürfen nur noch im Zeugnis verteilt werden, sonst sind sie tabu.

Damit setzt sich die Stadt an die Spitze einer Bewegung, die seit langem das Schweizer Bildungssystem erfasst hat: Starre Beurteilungskriterien sind zunehmend verpönt, Noten und Prüfungsdruck gelten als toxisch, Selektion als unfair. Bis jetzt experimentieren in der Schweiz sonst vor allem einzelne Schulen mit dem Verzicht auf Schulnoten und setzen stattdessen auf Farbcodes, Buchstaben und Beurteilungsbögen.

Über die Jahre haben jedoch auch die Kantone den Zeitpunkt für das erste Notenzeugnis nach hinten verschoben: In Bern etwa geschieht das erst in der 4., in Basel-Stadt in der 5. und in Neuenburg in der 6. Klasse. Stellenweise versucht die Politik, dem entgegenzuwirken: Im Kanton Zürich etwa hat das Parlament Notenzeugnisse ab der zweiten Klasse gesetzlich verankert, bürgerliche Politiker befürchteten die «Abschaffung des Leistungsprinzips», wie ein Parlamentarier sagte.

Die Sorge kommt nicht von ungefähr. Und die Notendiskussion ist nur ein Beispiel dafür, wie sich die Schule schleichend von der Meritokratie verabschiedet – von der Idee, dass Leistungen gemessen, verglichen und belohnt werden sollen. Es sind zwei Bewegungen, die dabei ineinandergreifen: Auf Systemebene geraten alte Pfeiler der Schule ins Wanken. Dafür gibt es viele Anzeichen: Nebst der Notengebung steht auch die Selektion nach der sechsten Klasse in der Kritik, allen voran durch den Verband der Schweizer Schulleiter. Im Kanton Zürich geraten zudem das Langgymnasium nach der Primarschule und die Aufnahmeprüfung regelmässig von links unter Beschuss.

Sinnbildlich für den Abbau von Hürden steht die massive Ausbreitung des Nachteilsausgleiches bei Prüfungen für Schüler und Studierende mit Lerneinschränkungen. Und auch die Berufsbildung wurde von der Bewegung erfasst: Der Bund wollte die schriftliche Abschlussprüfung in Allgemeinbildung für alle Berufslernenden abschaffen – und krebste erst nach politischen Protesten zurück. Auf didaktischer Ebene wiederum weicht der klassische geführte Unterricht zunehmend dem selbstorganisierten Lernen. An die Stelle von repetitiven Übungen, Aufsätzen und Diktaten treten Projektarbeiten und Schreibanlässe. Unterrichtsformen verbreiten sich, die Schüler überfordern können, welche klare Strukturen und Vorgaben brauchen. Es scheint, als habe die Schule ihre Orientierung verloren.



Wie konnte das geschehen? «In unseren Schulen sind das Leistungsprinzip und das Übungsethos eindeutig geschwächt worden», sagt Roland Reichenbach, Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Zürich. Für das Gespräch hat er ein Café im Universitätsquartier ausgewählt, um der drückenden Hitze im Büro auszuweichen. Der 63-Jährige zeichnet das Bild einer Pädagogik, der ihr einstiges Fundament verlorengegangen ist.

Früher, wie er erklärt, beruhte die Schule auf drei Säulen, den «drei Gratiskräften» des Lehrers: seiner unbestrittenen Autorität, einem unhinterfragten Bildungskanon und einer gesellschaftlich mitgetragenen Grunddisziplin. «Davon ist heute nichts mehr übrig», sagt er. Um das Vakuum zu füllen, erfanden pädagogische Hochschulen, Verwaltungen und Lehrpersonen immer neue Konzepte. Es sei der Versuch, auf eine veränderte Gesellschaft zu reagieren.

Doch die Rezepte hält Reichenbach für verhängnisvoll. Wenn die Lehrerin zum «Lerncoach» auf Augenhöhe undefiniert werde, untergrabe das genau jene Führung, die Kinder brauchten.

«Menschliche Entwicklung braucht ein Gegenüber, das nicht nur motiviert, sondern auch einfordert», betont er. «Ganz vieles, was wichtig ist im Leben, haben wir nicht freiwillig gelernt.»

Es gehe ihm nicht um Drill, sondern um ein fundamentales Bedürfnis. «Leistung ist wichtig für die Selbstachtung», sagt er. Wer sich nie durch eine Schwierigkeit durchbeissen müsse, könne am Ende auch nicht stolz auf sich sein. Darum hält er den Trend zum Abbau von Schulnoten und der Selektion für gefährlich. «Noten sind nicht gut, aber nötig», sagt er. Die Schule brauche einen Massstab, mit dem Leistung objektiviert werden könne. «Der soziale Vergleich gehört zum Leben.» Wer auf die Leistungsmessung verzichte, verschiebe das Problem bloss nach hinten: «Am Ende selektioniert dann einfach die Wirtschaft.»

«Man gibt halt schnell nach»

Der blaue Lichtpunkt bewegt sich über den Boden zwischen den Regalen, erst danach erscheint der Hubstapler. Der Punkt funktioniert als Vorwarnung, damit die Gefährte an den Kreuzungen der Gänge nicht zusammenprallen. Sie flitzen mit hoher Geschwindigkeit durch die riesige Lagerhalle im Niemandsland zwischen dem Autobahnkreuz bei Oftringen und Luzern. Zeit ist Geld. Hier werden Produkte zusammengestellt, palettiert, auf Lastwagen verladen, in die ganze Welt verschickt, von tiefgefrorenen Impfungen bis zu importierten Neuwagen. Rund 3500 Mitarbeitende beschäftigt die Galliker Transport AG, unter ihnen 145 Lernende in 21 Berufen.

Thomas Ettlin ist zuständig für die Logistik-Lernenden und arbeitet hier seit dreissig Jahren. Es liege ihm fern, die Schulen oder die Jugendlichen zu verurteilen, betont er im Sitzungszimmer des internen Schulungszentrums. Und doch muss er feststellen: «Bei den Bewerbungen nehmen die Fähigkeiten tendenziell ab, vor allem in Deutsch und Mathematik.»

Die Noten in den Zeugnissen sind für den Auszubildende ein wichtiges Kriterium: «Wenn jemand eine gute Note hat, zeigt uns das, dass er sich wahrscheinlich auch anstrengen kann.» Natürlich wisse er um die Subjektivität der Ziffern, doch über die Jahre habe er ein gutes Gespür dafür entwickelt, hinter welchen Zeugnissen auch gute Lernende stünden. «Noten sind Zahlen, die der Schüler selbst abliefern», sagt er. Verbale Beurteilungen hingegen könnten sehr stark durch zwischenmenschliche Aspekte verfälscht sein. «Wenn Noten abgeschafft werden, wird die Schule zum Wohlfühlgefäss.»



Spätestens in der Ausbildung folge dann die Konfrontation mit der Realität. «Neben den Noten ist für uns die Leistungsfähigkeit der Jugendlichen der wichtigste Aspekt, da gibt es keinen Spielraum.» Ettlin spürt, dass die Schulen und Elternhäuser weicher geworden sind. «Man gibt halt schnell nach.» Früher habe er zwischen starken und schwachen Schülern unterschieden, heute verlaufe die Grenze eher zwischen faulen und fleissigen. Der Anteil der Bequemen nehme zu, konstatiert der Lehrlingsbetreuer. «Die Lernenden müssen den Ansprüchen des Marktes und der Gesetze entsprechend ausgebildet werden», sagt Ettlin. «Und diese werden stetig komplexer.»

Was Ettlin im Kleinen beobachtet, bestätigt auch der Luzerner Gewerbeverband: «In den Schulen werden Leistungshürden vermehrt aus dem Weg geräumt», schreibt der Direktor Jérôme Martinu auf Anfrage. Als Indizien nennt er das Aufweichen messbarer Leistungsnachweise, kompetenzorientiertes Lernen und den Wegfall von Hausaufgaben. Zudem würden wegen der integrativen Förderung Ressourcen vermehrt für schwächere Lernende eingesetzt, was «zu einer Nivellierung nach unten» führe.

Die Klagen sind gross, und sie sind in der Schule angekommen. Dagmar Rösler ist Präsidentin des Dachverbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz und damit oberste Lehrerin des Landes. Im Gespräch umreisst sie das Dilemma, in dem die Schule steckt: «Wir sind nicht mehr in Albert Ankers Zeiten, als die Schule einfach Rechnen und Schreiben vermitteln musste», sagt sie.

Damit knüpft sie in gewissem Sinne direkt an Roland Reichenbachs Analyse der verlorenen drei Gratiskräfte an. Die Schule habe heute jedoch eine viel umfassendere Aufgabe als früher und betreue eine extrem heterogene Schülerschaft. Sie müsse sich ständig legitimieren und immer mehr gesellschaftliche Aufgaben übernehmen – von der Integration bis zum Wertewandel.

Dazu kommt der Anspruch, das System fairer zu gestalten, weil die Kinder je nach Herkunft mit völlig unterschiedlichen Chancen starten. «Die Schule muss heute versuchen, Ungleichheiten zu glätten», erklärt Rösler. Vor diesem Hintergrund sei auch der Ruf nach der Abschaffung von Selektion und Noten zu verstehen. «Wenn der leistungsschwache Schüler eine schlechte Note erhält, obwohl er sich extrem angestrengt hat, macht das etwas mit uns Lehrerinnen und Lehrern», sagt Rösler. Es sei ungerecht, wenn alle Kinder trotz unterschiedlichen Voraussetzungen über denselben Leisten gezogen werden müssten. «Das ist es, was einen in heterogenen Klassen in ein grosses Dilemma bringt.»

Der Versuch, möglichst allen gerecht zu werden, beginnt für die Lehrer bei der Beziehungsarbeit. «Gute Leistungen erbringen die Kinder dann, wenn sie gerne in die Schule gehen», sagt Rösler, «und wenn sie Selbstwirksamkeit erleben.» Für das Kind sei es darum entscheidend, dass es vor allem seine eigenen Fortschritte wahrnehme. Diese formative Beurteilung müsse im Zentrum stehen.

An den Anforderungen der Arbeitswelt vorbei

Die summative Beurteilung durch Noten hingegen könne demotivieren, vor allem bei schlechten Ergebnissen. Auf der anderen Seite verlangten die Gesellschaft und die Wirtschaft verständlicherweise ein vergleichbares System. Auch hier stehe die Schule vor der Aufgabe, scheinbar widersprüchliche Bedürfnisse zu vereinen. «Wir werden immer auf der Suche nach dem bestmöglichen Weg sein», sagt Rösler. «Aber es wird nie gelingen, dass alle vollumfänglich zufrieden sind.»



Dass die Beziehungsarbeit und das Wohlbefinden der Kinder heute viel stärker im Fokus der Schulen stehen, hat nicht nur mit den grossen gesellschaftlichen Herausforderungen zu tun, sondern es hat auch eine demografische Komponente. Dies legt eine Umfrage des Forschungsinstituts Sotomo von 2023 nahe: Für Frauen steht die Lust am Lernen ohne Druck stärker im Vordergrund als für Männer, die wiederum mehr Wert auf Wissensvermittlung legen.

Frauen sind auch eher für die Abschaffung von Noten und Hausaufgaben sowie gegen die Selektion nach der Primarschule. Ein ähnliches Muster zeigt sich auch nach Parteipräferenz und Alter: je rechter und je älter, desto stärker für Noten, Hausaufgaben und Selektion.

Der Wertewandel an den Schulen könnte also durchaus auch mit der Feminisierung des Lehrberufs zusammenhängen: An der Primarschule unterrichten weit über 80 Prozent Frauen, in der Sekundarschule sind es gegen 60 Prozent, und an den pädagogischen Hochschulen stellen die Dozentinnen mittlerweile ebenfalls die klare Mehrheit. Was von Kritikern als Verlust der Leistungsorientierung gegeisselt wird, liesse sich also ebenso als schleichende Hinwendung zu einer mütterlich-fürsorglicheren Schule lesen – eine Kultur, die wohl zwangsläufig mit den Anforderungen der Arbeitswelt kollidiert.

Janine Möll im Luzerner Schulhaus Felsberg zeigt einen weiteren Ordner eines Schülers, ein sogenanntes Portfolio. Dort ordnet er alles ein, was ihm wichtig ist, und notiert seine Wünsche. Diese Sammlung sei für die Kinder ebenso wichtig wie die Beurteilungen, sagt die Lehrerin. Eine Rückkehr zu Prüfungsnoten kann sie sich nicht vorstellen: «Das würde sich mit meinem pädagogischen Verständnis beissen.»

In ihrer Klasse sei der Konkurrenzdruck verschwunden, erzählt Möll. Die Schülerinnen und Schüler wüssten auch so, was sie von ihnen erwarte. «Ich glaube nicht, dass es wirksamer ist, wenn Kinder lediglich unter Stress und Druck leisten», sagt sie. Viel besser für ihre Entwicklung sei es, wenn sie wüssten, was sie könnten. Dann würden sie später auch eher das für sie Passende finden.

Lernen heisst nicht Wellness

NZZ am Sonntag, 16. August 2026, Debatte, Leserbriefe

«Ja keinen Stress!» NZZ am Sonntag vom 9. August

Der Artikel beschreibt das Problem treffend, doch die Sache mit der «Feminisierung» greift zu kurz. Das ist eine bequeme Ausrede, um den eigentlichen Elefanten im Raum nicht zu benennen. Nicht das Geschlecht der Lehrperson ist das Problem, sondern der theoretische Irrweg, der an den pädagogischen Hochschulen gelehrt wird. Dort hat sich ein System etabliert, das den geführten Unterricht so konsequent schlechtredet, als wäre Klarheit eine pädagogische Todsünde. Seit Jahren werden Schulen mit Konzepten wie selbstorganisiertem Lernen oder Portfolio-☐Arbeit überschwemmt. Die Lehrperson wird zur Begleiterin herabgestuft, während Kinder sich ständig selbst einschätzen und loben sollen. Nur: So lernt kein Kind das Einmaleins. Primarschüler sind keine kleinen Projektmanager, sondern Kinder, die das Fundament für ihr Leben erst noch bauen müssen, und zwar mit An-



leitung, nicht mit Selbstbespiegelung. Das Bittere daran ist, dass dieses System zutiefst ungerecht ist. Kinder aus bildungsnahen Familien werden zu Hause aufgefangen. Aber die Schwächeren gehen in dieser Wohlfühlzone gnadenlos unter. Wenn wir den Kindern wirklich helfen wollen, müssen wir zurück zu Klarheit, Substanz und dem Mut zum Anspruch. Lernen ist kein Wellnessprogramm. Schule ist kein Ort für pädagogische Selbstbespiegelung, sondern für Bildung – echte, evidenzbasierte Bildung.

Cäcilia Gmür, Einsiedeln (SZ)

Ich frage mich, was Schule eigentlich heute ist. Eine mehrjährige Schutzzone für das, was das Berufsleben heute umfasst, welches leistungsfordernder ist denn je? Eine Stätte der Wissensvermittlung scheint sie nun nicht mehr zu sein. Eine Art pädagogisches Versuchslabor? Mir hat sich nie erschlossen, welchen Vorteil es bringt, die Kinder zunächst Worte schreiben zu lassen, wie sie es für richtig halten. Um dann die Falschschreibung mühsam zu korrigieren. Zum einen ist in der Neurologie bekannt, wie schwer sich Gehirne damit tun, eingeübte Gewohnheiten zu korrigieren und dabei eingefahrene Synapsen zu überschreiben. Wenn wir die Rechtschreibung bewusst gefährden, laufen wir Gefahr, Geschriebenes mühsam entziffern zu müssen.

Iris Erdenbrink-Fricke, Kägiswil (OW)

Vielen Eltern dürfte diese weltfremde Wohlfühlschule nicht zusagen, aber sie haben keine Lust, zu opponieren. Wer es vermag, wählt eine strenge Privatschule, oder wer dazu in der Lage ist, hilft selber mittels eigenen Zusatzunterrichts, von den Kindern etwas zu fordern. Abgehängt werden einmal mehr die einfachen Leute der unteren Schichten. Das Gesamtniveau gegenüber andern Gemeinden wird sinken, und ein Erreichen von mehr Chancengleichheit bleibt Illusion.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Ich arbeite seit ein paar Jahren im Bildungswesen und stelle mit Ernüchterung und manchmal auch mit Schrecken fest, dass den meisten Bildungsverantwortlichen der Realitätsbezug abhandengekommen ist. Der Artikel von René Donzé setzt deshalb einen wichtigen Kontrapunkt zu der schweizweiten Entwicklung, Prüfungen und Noten abzuschaffen. In meinen Augen eine komplett falsche Entwicklung.

Madeleine Laffer, Basel



«Wir haben die schlechtesten Schülerleistungen aller Zeiten»

Sonntagszeitung, 16. 8. 2026, Nadja Pastega

Ex-Bildungsminister im Interview • Der bekennende Linke Mathias Brodkorb erklärt, warum die «Gleichheitsideologie» in der Bildungsdebatte den Schulen mehr schade als nütze – und er sagt, welche Schulen die Kinder heute brauchen.

Der Sozialdemokrat Mathias Brodkorb (49), ehemals oberster Bildungschef in Mecklenburg-Vorpommern, hat mit Erziehungswissenschaftler Klaus Zierer eine Streitschrift vorgelegt. Titel: «Tyrannei der Gleichheit. Für mehr Gerechtigkeit in Schule und Gesellschaft». Die Kompetenzen der deutschen Schülerinnen und Schüler würden kontinuierlich sinken, kritisieren die Autoren, und fordern wieder mehr Leistung. Im Vergleich zu den deutschen schneiden Schweizer Kinder zwar weiterhin gut ab – aber in einer aktuellen Umfrage des Schweizer Lehrerverbands LCH bei über 10'000 Lehrpersonen stimmen 52 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass das allgemeine Leistungsniveau auch an hiesigen Schulen gesunken sei.

Herr Brodkorb, «Tyrannei der Gleichheit» steht vorne auf Ihrem Buch. Wer tyrannisiert denn hier wen?

Die Gleichheit tyrannisiert die Leistung. Es gibt einen grossen Abstand zwischen den besten und den schlechtesten Schülern. Gerechtigkeit wird an der Gleichheit gemessen. Die Schüler müssen sich annähern, damit mehr Gleichheit erreicht wird. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wird der Schlechtere besser, das ist mühsam und hat Grenzen. Oder der Beste wird schlechter – das geht schnell. Was hat man also gemacht? Man hat das Leistungsniveau gesenkt, damit sich die Schüler einander annähern. Und das wird als ein Fortschritt in Sachen Gerechtigkeit verkauft.

Können Sie ein Beispiel geben?

Niedersachsen will zum Beispiel die vollständige schriftliche Division in der Grundschule abschaffen, weil das manche Kinder nicht mehr schaffen. Das soll dann später nachgeholt werden. Dort fehlt dann die Zeit für anderes, das auch noch gelernt werden muss. Und in zehn Jahren wundern sich alle, dass die Schüler in Mathe schlechter geworden sind. Ein zweites Beispiel ist das Abitur in Berlin. Dort liest man an einigen Gymnasien Goethe nicht mehr im Original, sondern in «vereinfachter Sprache», weil manch ein Jugendlicher das Original nicht mehr versteht. Aber möglicherweise hat er dann einfach das Abitur respektive die Matur nicht verdient.

Wie konnte es so weit kommen?

Bei Pisa 2000 kam aus deutscher Perspektive heraus, dass die Leistungen nur mittelmässig sind, das war die Kränkung der Dichter- und Denker nation. Ausserdem sollten in Deutschland die Lernerfolge der Schüler mehr als im OECD-Durchschnitt vom sozialen Hintergrund der Familie abhängen. Das wird als grosse soziale Ungerechtigkeit gebrandmarkt.

Sehen Sie das anders?

Auch dabei wird Gerechtigkeit mit Gleichheit verwechselt. Man schaut sich zwei Schüler und ihren Hintergrund an, und wenn sie Unterschiede in der Leistung aufweisen, wird dieser Mangel an



Gleichheit als Ungerechtigkeit interpretiert. Echte Gerechtigkeit würde hingegen bedeuten, dass man jeden Schüler gemäss seinen Begabungen fördert.

Welche Folgen hat dieser «Gleichheitswahn», wie Sie es nennen?

Die besten Schüler sind sehr viel schneller schlechter geworden als der Durchschnitt. Wer keine Leistung mehr einfordert, muss sich nicht wundern, wenn er keine mehr bekommt. Wir haben die schlechtesten Schülerleistungen aller Zeiten.

Müssen die Lehrer ausbaden, was die Politik versäumt hat?

Das ist die zweite Haupttyrannei. Weil die Politik mehr Gleichheit herstellen will, macht sie in den Schulen eine Reform nach der anderen. Es stellt sich immer wieder heraus, dass es nicht klappt, jedenfalls nicht ohne Leistungsverlust. Dann werden immer neue Reformen losgetreten. Man stellt sich nie die Frage, ob das Ziel vielleicht falsch ist. Dass es also nicht an den Instrumenten liegt, sondern am Ziel selbst.

Konkret?

Man kann Kinder mit unterschiedlichen Begabungen nicht zu gleichen Leistungen bringen. Nicht alle können Mathematikprofessor werden.

Was bedeutet denn Leistung für Sie? Wieder mehr Noten, Hausaufgaben, Tests?

Es braucht erst mal klare Vorgaben in Rahmenlehrplänen, was zu lernen ist und auf welchem Niveau. So etwas haben wir gar nicht mehr. Wir haben Kern-Curricula. Das sind nahezu poetische Texte, auch in Mathematik. Da stehen kaum noch Lerninhalte drin. Dann denkt sich jede Schule aus, was sie daraus macht. Das ist auch für die Bildungsgerechtigkeit ein Riesenproblem. Ich würde mir zweitens ein Ende des Bildungsföderalismus wünschen. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern – wie auch zwischen den Kantonen in der Schweiz – sind ja Wahnsinn. Drittens braucht es einmal im Jahr zentrale Prüfungen, wo nicht der Lehrer entscheidet, was geprüft wird. Das würde die Schulen zwingen, das Leistungsniveau wieder hochzuschrauben.

Ein etablierter Wissenschaftler, der den Thesen Ihres Buchs zustimmt, antwortete auf Ihre Frage, ob Sie ihn zitieren können: «Auf keinen Fall. Diesen Kampf dürfen Sie gerne alleine durchstehen.»

Ja. Das Wegdiskutieren des Leistungsproblems, das wir an den Schulen haben, und das In-den-Vordergrund-Stellen der Gleichheitsdimension ist in der Tat ideologisch so vermint, dass einige Wissenschaftler nicht mehr den Mut haben, öffentlich zu sagen, was sie denken.

Welche Reaktionen haben Sie auf Ihr Buch bekommen?

Es gibt verschiedene Rezensionen, die bis jetzt alle eher positiv ausfallen. Aus der Wissenschaft haben wir eine Reihe von positiven privaten Rückmeldungen. Interessanterweise sind das überwiegend Professorinnen und Professoren, die kurz vor der Emeritierung stehen oder schon emeritiert sind.

Wie erklären Sie sich das?

In Deutschland gibt es dafür eine Formulierung: «Das ist der Mut der alten Männer.» Diese Professoren müssen sich nicht mehr in der Wissenschaftscommunity beweisen. Dadurch werden sie mutiger.



Eine zentrale These Ihres Buchs lautet, dass echte Bildung zwangsläufig Ungleichheit produziert. Ein beunruhigender Befund. Können Sie ihn belegen?

Was ist daran beunruhigend? Wir sind eine komplexe, arbeitsteilige Gesellschaft und brauchen unterschiedliche Begabungen. Beunruhigend finde ich eine Strategie, bei der alle am Ende das Gleiche können sollen. Dann würde der ganze Laden nicht mehr funktionieren.

Warum verfolgt man ein solches Ziel überhaupt?

Ich vermute, in Wahrheit schwingt dabei eine Verachtung gegenüber körperlicher und handwerklicher Arbeit mit. Dass man also denkt: Die richtige Menschwerdung beginnt mit der Matur und wird erst mit dem Studium abgeschlossen. Alles davor ist irgendwie nicht wirklich achtenswert oder nicht so wertvoll. Anders kann ich mir nicht erklären, warum möglichst alle studieren sollen. Das muss ja bedeuten, dass das ein höherwertiges Ziel ist, als ein fantastischer Handwerker zu sein.

Es gibt pragmatische Gründe, warum man möglichst viele junge Menschen an die Uni bringen will: Bei Ärzten oder in technischen Berufen gibt es einen Fachkräftemangel.

Das ist etwas völlig anderes. Was es zum Funktionieren der Gesellschaft braucht, ist eine andere Frage als diese ideologische Debatte, dass der Staat durch Schulen jedes Kind zum selben befähigen soll. Das eine ist pragmatisch, das andere ideologisch.

Dass mithilfe des Staates alle zur gleichen Befähigung gebracht werden können, ist eine klassische sozialistische Position. Als Sozialdemokrat können Sie da eigentlich nichts dagegen haben.

Ich würde sagen, das ist keine klassische sozialistische Position. Schon Karl Marx und Friedrich Engels haben einer Gesellschaft der Gleichen widersprochen. Sozialismus heisst nicht, dass alle gleich sind. Die Sozialdemokraten haben sich schon damals nicht beraten lassen von Marx und Engels, sondern in der Praxis eine starke Gleichheitspolitik verfolgt, teilweise auch aus guten Gründen, die heute aber nicht mehr gelten, weil viele unberechtigte Ungleichheiten längst beseitigt sind. Das Frauenwahlrecht zum Beispiel und die Bildungsbeteiligung der Mädchen. Aber von ihrer primitiven Gleichheitsideologie kommen sie nicht runter.

Kinder mit reichen Eltern machen öfter die Matur und gehen häufiger an die Uni als Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Kann Geld etwas verändern?

Diese Unterschiede im Bildungserfolg haben wenig mit dem Geld zu tun. Kluge Eltern bekommen in der Regel kluge Kinder. Und kluge Eltern haben in der Regel auch gut bezahlte Jobs. Wenn man dann die Leistungen der Kinder misst und auf das Einkommen der Eltern schaut, treten ein hohes Einkommen der Eltern und die Klugheit der Kinder häufig gleichzeitig auf. Dieser statistische Befund stimmt.

Aber?

Die Kausalität ist umgekehrt. Nicht das hohe Einkommen der Eltern macht die Kinder klug. Sondern die Kinder sind klug, weil ihre Eltern klug sind. Das hat mit kultureller Vererbung zu tun, wenn Kinder in einem anregenden Haushalt gross werden, in dem ihnen täglich vorgelesen wird, sie die Musikschule besuchen und die Eltern mit ihnen ins Theater gehen. Dann haben sie ganz andere Fördermöglichkeiten als Kinder aus einem sozial prekären Haushalt, in dem nicht deutsch gesprochen wird.



Also ist es doch richtig, dass man versucht, diese Nachteile mit Förderung an den Schulen auszugleichen.

Die Schulen können das nicht vollständig ausgleichen. Das ist die grosse Illusion! Wie soll der Staat zehn Jahre Lebenszeit in einem Elternhaus ausgleichen? Wenn man ein Kind mit schlechten Voraussetzungen fördert, kann man es sicher besser machen, deswegen macht Förderung schon Sinn. Aber wir werden damit nicht Gleichheit erreichen. Das ist dem Staat nicht möglich, das ist keiner Gesellschaft möglich. Wir können die Schöpfung nicht aus den Angeln heben.

Was ist denn das Problem, wenn Sie die Fördermassnahmen gar nicht abschaffen wollen?

Es macht einen Unterschied, mit welcher Perspektive man fördert. Wenn das mit dem Ziel geschieht, aus jedem das Bestmögliche herauszuholen, dann ist das richtig. Wenn man dasselbe macht mit dem Ziel, Gleichheit herzustellen, wird man scheitern.

Was lösen diese Dauerreformen bei den Lehrern aus?

Irgendwann schalten sie auf Normalbetrieb um oder landen im Burn-out.

Sie sagen: Die Leistungen in Deutschland sind so schlecht wie noch nie – gleichzeitig sind die Abiturnoten so gut wie noch nie. Wie passt das zusammen? Wurden die Prüfungen vereinfacht?

Das ist eine Option.

Und die zweite?

Ein pädagogisches Problem. Nehmen wir mal an, ein Lehrer bekommt eine Klasse, die sehr viel schlechter ist als jene im Jahr davor. Die beste erzielte Note wäre eigentlich eine Drei, in der Schweiz entspricht das einer Vier. Dann stehen die Lehrer sofort vor einem pädagogischen Problem, die Schüler noch zu motivieren, wenn selbst der Beste der Klasse nur eine Drei bekommen würde und vielleicht 20 Prozent die schlechteste Note. Der Lehrer wäre sehr unbeliebt und würde von Eltern und Schulleitung Fragen bekommen, was bei ihm schief läuft. Um diese Konflikte nicht zu haben, passen Lehrer die Bewertungsmassstäbe häufig an.

Dann bekommt der Beste der Klasse, der nach Schweizer Notenskala eine Vier verdient hätte, eben doch eine Fünf oder eine Sechs.

Genau, so verschiebt sich der Notendurchschnitt immer weiter nach oben, obwohl die Leistungen dramatisch einbrechen.

Was hat das für Folgen, wenn die Elite wegbricht?

Das ist verheerend, nicht nur humanistisch gesehen, sondern auch ökonomisch. Wir erwirtschaften die Hälfte unseres Reichtums auf dem Weltmarkt, weil wir gute Bildung und kluge Ideen hatten. Wenn man das Niveau der Spitzenleister immer weiter absenkt, untergräbt man langfristig das gesamte Wohlfahrtsmodell.

Welche Folgen hat eigentlich die Migration auf die Schulen?

Ungesteuerte Migration bedeutet, die Schulen zum Kollaps zu bringen. Das hören viele nicht gern: Wenn man unkontrolliert, ungesteuert zu viele Migranten ins Land holt, dann hat man am Ende nicht nur zu wenig Wohnungen, sondern die Zuwanderer werden in bestimmten Stadtteilen segregiert, mit dem Ergebnis, dass dort dann 80 bis 90 Prozent der Schüler kein richtiges Deutsch sprechen. Egal, wie viele Lehrer man in diese Schulen gibt, das Problem wird sich dadurch nicht lösen –



man wird diese Schüler nicht zu einem durchschnittlichen Lernniveau führen können. Wer die Bildungssprache nicht beherrscht, hat in fast allen Fächern Probleme.

In einer Schule in Ludwigshafen gab es unlängst einen Notruf, dass zugewanderte Schüler zum Teil den Satz nicht mehr verstünden: «Wir nehmen jetzt die Hefte raus.» Manche lägen beim Schulstoff bis zu drei Jahre hinter den anderen. Brauchen diese Migrantenkinder eine völlig andere Pädagogik?

Nein, der Mensch ist seit vielen Tausenden Jahren ziemlich gleich. Wir müssen keine neue Pädagogik erfinden. Die Politik muss begreifen, dass in manchen Schulen infolge falscher politischer Entscheidungen riesige Feuer lodern. Da können die Kinder nichts dafür. Wir versündigen uns an ihnen und den Lehrern, wenn wir nicht strukturell andere Bedingungen schaffen. Die Migration muss viel stärker oder restriktiver reguliert werden. Da hilft auch keine andere Pädagogik.

Hat die AfD demnach recht, wenn sie die Migration steuern will?

Selbstverständlich hat sie damit recht. Mit der AfD kann man auf verschiedene Art und Weise umgehen. Eine kluge Art wäre, sie als einen Seismografen zu verstehen. Wenn in einer Demokratie ein grosser Teil der Bevölkerung unzufrieden ist und die AfD wählt, sollte man sich als Politiker fragen, was man falsch gemacht hat.

Und die weniger kluge Art?

Die AfD zu verteufeln und nicht ernst zu nehmen, dass sie vielleicht auch mal Probleme korrekt anspricht.

Wo würden Sie als ehemaliger Bildungsminister die Bildungsinvestitionen hinleiten, um die Schulen künftig zu verändern?

Als ich Bildungsminister war, ist es mir in keinem einzigen Jahr gelungen, das Geld auszugeben, das ich hatte. Ein Bildungspolitiker, der sich vor allem darauf konzentriert, mehr Geld für Bildung zu fordern, offenbart damit, dass er selbst keine eigenen Ideen hat, ein System besser zu machen. Das ist das Geistloseste, was man sich ausdenken kann. Als Bildungsminister würde ich mich am wenigsten um Geld kümmern.

Sondern?

Ich würde mich darauf konzentrieren, wie ich die besten Lehrer ausbilden und sie so weit wie möglich von Bürokratie entlasten kann – Lehrer sind zu den teuersten Verwaltungsmitarbeitern der Welt geworden. Auch das frustriert sie und ist Geldverschwendung.

Es gibt die Forderung, aus Gründen der Gerechtigkeit alle Kinder möglichst lange gemeinsam zu unterrichten und das Gymnasium in Deutschland abzuschaffen. In der Schweiz dreht sich diese Debatte um das Langzeitgymnasium. Was halten Sie davon?

Gar nichts. Das ist einer der grössten Irrtümer der Bildungsdebatte. Diese Systemfrage ist irrelevant. Man kann mit gegliederten Schulen exzellente Leistungen erzielen, aber wenn die Leistungsanforderungen unter dem Gleichheitsdruck abgesenkt werden, führt auch ein gegliedertes System zu schlechten Ergebnissen. Und genauso ist es bei Systemen mit längerem gemeinsamem Lernen. Nur eine Frage ist relevant: Mit welchem Geist und mit welchem Ziel mache ich Schule? Will ich Gleichheit oder die bestmögliche Bildung für jeden? Das ist die entscheidende Debatte.



Die Schule ist keine Nachvollzugsanstalt

NZZ, 7. August 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Klaus Zierer

Zweifellos wirkt KI in den Klassen entlastend – nur Bildung entwächst daraus nicht. Gastkommentar von Klaus Zierer

Immer mehr Schulen wollen mittels KI das Lernen revolutionieren. Dabei ist ihnen mediale Aufmerksamkeit gewiss, versprechen sie doch, den Ballast eines in die Jahre gekommenen und sich im Sinkflug befindenden Bildungswesens hinter sich zu lassen. Der Schlüssel des Erfolges wird im technischen Fortschritt in Form von digitalen Medien gesehen, die heute besser sind als jemals zuvor.

Aber wie so oft, wenn etwas euphorisch gefeiert wird, ist nicht alles Gold, was glänzt. Allein ein Blick auf die Akteure und die ihnen zugesagten Versprechen offenbart: KI-Schulen sind keine Heilsbringer, was nicht am Lernerfolg, sondern am Bildungsverständnis liegt.

Aufseiten der Schüler lautet das Zauberwort «Individualisierung». In der Tat kann mithilfe von KI an dieser Stelle viel erreicht werden. So vermag es eine kluge Programmierung, stets diejenigen Aufgaben aus einem Pool herauszugreifen, die für den Schüler nicht zu schwer und nicht zu leicht sind, sondern sich immerzu im Bereich der Herausforderung bewegen. Die KI erstellt einen Lernpfad, der durch die Aufgaben führt, und koordiniert gleichzeitig das Timing, gibt Feedback, überwacht den Lernprozess.

Freiheit sieht anders aus

Lernerfolg ist damit scheinbar garantiert, aber bildet sich der Schüler auch? Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass Schüler im Vollzugsmodus sind: Sie führen aus, was vorgegeben wird, erarbeiten die vordefinierten Ziele entlang der Inhalte, reichen die zu erledigenden Aufgaben ein, kontrollieren sie nach vorgegebenen Mustern, und wenn etwas fehlen sollte, dann weist die Maschine darauf hin – Freiheit sieht anders aus.

Wer all das über sich ergehen lässt und gewissenhaft sein Pensum abarbeitet, der wird am Ende des Tages auf viele Häkchen blicken können. Aber mit Bildung hat das wenig zu tun. Denn Bildung meint im Kern die verantwortungsvolle Übernahme der Autorschaft des eigenen Lebens. Sie erfordert Entscheidungen, schliesst Umwege und Irrwege mit ein, braucht Begegnungen.

Individualisierung hat bei aller Bedeutsamkeit den Nachteil, dass Lernen vor allem allein stattfindet. In KI-Schulen ist das schön zu beobachten, weil jeder Schüler seinen Arbeitsplatz hat und vor einem digitalen Endgerät sitzt, wie im Büro. Damit wird aber die soziale Komponente aus den Augen verloren.

Das Gespräch zwischen Menschen lässt sich nicht durch Maschinen, Avatare und dergleichen ersetzen. Wenn Menschen sich in einem Raum befinden und gemeinsam etwas erarbeiten, dann lässt sich sogar in den Hirnen eine neuronale Synchronisierung feststellen. Diese wirkt emotional und motivierend und schafft vor allem ein Miteinander, das für Bildung wesentlich ist. Die Autorschaft des eigenen Lebens übernimmt immerzu auch Verantwortung für den Nächsten. Deshalb ist Schule neben der Familie die wichtigste Sozialisationsinstanz einer Gesellschaft.



Am Ende bildet eine Individualisierung mittels KI nur das ab, was messbar ist. Aber der Schüler ist mehr als das. Allein die Frage nach dem Sinn entzieht sich einer Messung, ist sie doch von jedem Menschen selbst zu beantworten. Wie sich ein Schüler fühlt, was ihn erfreut und was ihn bedrückt, was er mit bestimmten Inhalten verbindet und welche Ideen sie in ihm erzeugen, all das sind keine Hirngespinnste.

Aufseiten der Lehrer lautet das Heilsversprechen «Arbeitserleichterung». So wird etwa damit Werbung gemacht, dass KI für jede Unterrichtseinheit einen Stundenentwurf parat hat – von lehrerzentriert bis schülerzentriert. Offenbar vorbei ist der mühsame Weg der Planung. Unterricht ist aber keine Karaokeveranstaltung, und vorgefertigte Stundenentwürfe führen erneut in den Vollzug: Lehrer führen aus, was die Maschine errechnet hat, ob es zu ihnen passt oder nicht, ob es zu den Schülern passt oder nicht. Handlungsspielräume, die wesentlich für eine pädagogische Interaktion sind und Authentizität ermöglichen, finden keine Berücksichtigung.

Und was ist mit den Korrekturen, die die KI in Sekundenschnelle durchführt? Der berechtigte Einwand, dass KI nach wie vor viele Fehler macht, provoziert nur das Gegenargument, dass dieser Mangel bald beseitigt sei. Wichtiger ist daher Folgendes: Ein guter Lehrer korrigiert eine Schülerarbeit, um zu verstehen. Er ist auf Fehlersuche und versucht herauszufinden, wo der Schüler warum geirrt hat, aber auch, was er selber im Unterricht falsch gemacht hat.

Wie soll eine KI das wissen? Sie kann nicht verstehen, hat kein Verständnis für Sinn und Bedeutung, sondern arbeitet nur mit Algorithmen. So beeindruckend daher eine Korrektur mittels KI auch sein mag, die Notwendigkeit des Verstehens bleibt und ist das, was im Schulalltag Arbeit macht. Damit zeigt sich ein weiterer Trugschluss im Umgang mit KI in der Schule: Je mehr Daten man habe, desto besser könne man einen Schüler unterstützen. Beim Verstehen kommt es aber gerade darauf an, das, was man nicht messen kann, zu berücksichtigen. Besinnliches Denken ist etwas anderes als rechnendes Denken. KI-Schulen sind auf diesem Auge blind.

Vertrauen in die Welt

Und aufseiten der Eltern? Deren Wunsch nach Kontrolle ist gross und hat in den letzten Jahren bereits überhandgenommen. Er zeigt sich etwa an Spielplätzen, die mehr dem Versicherungsschutz Rechnung tragen als dem kindlichen Spieltrieb, oder an Tracker-Geräten, mit denen Eltern zu jeder Zeit und überall wissen, wo die Kinder gerade sind. Sicherlich ist die Lebenswelt nicht ohne Gefahren, aber das alles ist kein Grund, Kinder wie Schwerverbrecher zu behandeln. Das Vertrauen in die Welt ist für Bildung wesentlich. KI-Schulen untergraben genau das, weil minutiös sichtbar wird, was ein Schüler den Tag über macht – oder eben nicht macht. Damit wird das Recht auf Intransparenz, so bezeichnet es der Pädagoge Roland Reichenbach, gebrochen.

Natürlich kann technischer Fortschritt zum Bildungsinhalt werden und auch den Bildungsprozess beeinflussen, steuern und regulieren. Das ist per se nicht falsch. Problematisch wird es aber, wenn Bildung sich vollends am technischen Fortschritt ausrichtet. KI-Schulen machen häufig genau das und versetzen alle Akteure in den Vollzugsmodus.

Das Mass aller Dinge für Bildung kann aber nur der Mensch sein. Zur Freiheit verurteilt, muss er sich entscheiden, muss sich anstrengen, um Erfolg zu haben, und muss auch scheitern. Der Mensch



kann gar nicht anders, und jeder technische Fortschritt, der ihm diese Handlungsspielräume nimmt, beraubt ihn seiner Existenz und ist damit inhuman.

Die Schule der Zukunft sollte nicht blindlings dem Glauben an die Allmacht der KI verfallen und die digitalen Medien zum Leitmotiv deklarieren. Stattdessen sind mehr denn je Schule und Unterricht auf den Menschen auszurichten. Um es in Anlehnung an Friedrich Schiller zu formulieren: Der Mensch bildet sich nur, wo er in voller Bedeutung des Wortes Mensch ist.

Klaus Zierer ist Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg.

Die Frühdigitalisierung ist kein pädagogischer Fortschritt

Starke Schule beider Basel, 12. August 2026, Hanspeter Amstutz

Die Volksinitiative der Starken Schule beider Basel greift mit der Ablehnung der Frühdigitalisierung der Primarschulen ein Thema auf, das grosse Auswirkungen auf den Schulbetrieb hat. Die Initiative ist auch ein deutliches Zeichen, die schulische Digitalisierung kritischer zu bewerten.

Die Anziehungskraft digitaler Geräte auf Kinder ist gewaltig. Wer zuhause mit Kindern im Primarschulalter zu tun hat, erlebt diese fast unglaubliche Faszination der Jungmannschaft für die Welt des Digitalen immer wieder. Steht ein Handy unverschlüsselt zur Verfügung, geht es nicht lange, bis eines der Kinder verdächtig ruhig wird und sich irgendwo zurückzieht. Schaut man nach, findet man es am Schauen eines mehr oder weniger witzigen Kurzfilms oder beim Spielen mit einem aufregenden Game. Man kann ziemlich sicher sein, dass es sich in der nächsten Stunde nicht mehr von seinem Bildschirm trennen wird.

Enttäuschte Erwartungen bei der schulischen Digitalisierung

Die Vorstellung, dass diese anziehenden Geräte auch in der Pädagogik wirkungsvoll eingesetzt werden können, lag nahe. Der pädagogische Traum, anstrengendes Üben durch individualisierte Lernprogramme für jedes Schulkind ersetzen zu können, schien auf dem besten Weg Realität zu werden. Doch dann platzte der Traum vom grossen Sprung nach vorn fast schlagartig. Ernüchternde Resultate einer Studie des angesehenen Karolinska-Instituts in Stockholm über den Einsatz digitaler Geräte in der Primarschule liessen aufhorchen. Offensichtlich wurde eine ganze Reihe von unerfreulichen Nebenwirkungen des forcierten digitalen Lernens völlig unterschätzt. So haben die meisten Primarschüler Mühe, längere Zeit konzentriert vor einem Bildschirm zu sitzen. Sie lernen weit weniger, wenn sie isoliert an einem Stoff arbeiten statt gemeinsam in einem lebendigen Klassenverband von einer kompetenten Lehrerin unterrichtet zu werden.

Leitet eine Lehrerin eine Klasse wie eine fähige Dirigentin ihr Orchester, holt sie in der Regel aus ihren Schülerinnen und Schülern weit mehr heraus als alle noch so klug konzipierten Lernprogramme. Auch zeigte sich, dass der Einsatz von Papier und Schreibstift sowie das Lesen gedruckter Texte mehr Erfolg brachten. Die Ernüchterung über diese Tatsache war im stark digitalisierten schwedi-



schen Schulsystem und weiteren Ländern so gross, dass die kürzlich beschlossene Rückkehr zum analogen Unterricht nun als pädagogischer Fortschritt begrüsst wird.

Grosse Angst bei vielen Schulen, abgehängt zu werden

Doch bei unseren Bildungsverantwortlichen sitzt die Angst noch immer tief, man gerate bei einem weitgehenden Verzicht auf eine digitale Ausrüstung der Primarschulen arg ins Hintertreffen.

Schulleitungen und Bildungspolitiker verkünden vielmehr stolz, dass man mit der Anschaffung modernster digitaler Geräte nun auf den Zug des Fortschritts aufgesprungen sei. Man könne jetzt den Unterricht besser individualisieren und werde die Früchte der modernen Unterrichtstechnologien schon bald ernten können. Wenn das nur stimmen würde!

Von Kritik, selbst wenn sie von seriöser Seite kommt, will man nichts hören. Wenn die kostspieligen Geräte einmal angeschafft sind, die Schulung des Lehrpersonals in die Wege geleitet ist und Verträge mit Software-Firmen abgeschlossen sind, gibt es kaum noch ein Zurück. Bedenklich wird es dann, wenn Schulleitungen glauben, sie müssten den Einsatz der digitalen Geräte den Lehrpersonen mehr oder weniger vorschreiben. So weiss ich von Konflikten mit ausgezeichneten Pädagoginnen, welche wegen der spärlichen Verwendung der teuer angeschafften Tablets stark unter Druck gerieten. Es ist geradezu absurd, Lehrkräften analoge Unterrichtsmethoden auszureden, wenn diese erwiesenermassen zu mehr Erfolg führen als digitale Konzepte.

Analoger Unterricht ist kindgerechter und schafft mehr Schulerfolg

Warum nur wird in Bildungsdiskussionen selten die Frage gestellt, welche Neuerungen die Schule wirklich voranbringen? Nur was erwiesenermassen lernwirksam ist und bei den Schülern nachhaltige Bildungsprozesse auslöst, verdient es, im Unterricht eingeführt zu werden. Die Frühdigitalisierung der Primarschulen gehört ganz sicher nicht dazu.

Wo Lehrkräfte gut sichtbar den Unterricht gestalten, indem sie voll im pädagogischen Dialog mit ihrer Klasse stehen, verblassen dagegen digitale Lernprogramme für jüngere Kinder sehr bald. Statt die Schüler beispielsweise im Deutsch mit digitalen Lernprogrammen zu beschäftigen, lässt ein lebendiger Unterricht einen Schulmorgen zum abwechslungsreichen Geschehen werden. Spannende Erzählungen mit Einschüben für Klassengespräche, gemeinsames Lesen mit erhellenden Kommentaren, musikalische Auflockerungen mit ein paar begleiteten Liedern und gemeinsames Üben zur Wortschatzerweiterung in sportlichem Geist schaffen ein Lernklima, das Primarschulkinder aufblühen lässt. Wo so unterrichtet wird, vermissen die Kinder das Tablett, das Smartphone oder den Laptop in keiner Minute.

Die Initiative verdient die volle Unterstützung

Die Volksinitiative der Starken Schule beider Basel hat klar erkannt, worauf es in einer guten Schule ankommt. Kompetentes analoges Unterrichten, eine gute Klassenführung durch eine wohlwollende Lehrperson und eine klare Botschaft bezüglich des Zeitpunkts für eine vorsichtige Öffnung hin zur digitalen Welt stehen an erster Stelle. Die Initiative will kein Nein für den späteren Einsatz digitaler Hilfsmittel, aber sie enthält eine deutliche Forderung nach einer Neubewertung überschätzter digitaler Lernkonzepte. Das ist eine Bildungspolitik, die wohl von den allermeisten Eltern unterstützt wird. Eine Primarschule ohne frühen Digitalunterricht ist auch ein deutliches gesellschaftli-



ches Zeichen, dass es mit der Abgabe eines Smartphones an Primarschüler künftig weniger pressieren muss. Viele Eltern werden der Schule dafür dankbar sein.

Hanspeter Amstutz, Ehemaliger Sekundarlehrer und Bildungsrat

Lernschwächen oder ADHS: Jeder zweite Schüler braucht Unterstützung

Tages-Anzeiger, 14. August, 2026, Politik & Wirtschaft, Claudia Blumer

Inklusion Die Lehrpersonen sind betreffend integrative Schule gespalten. Viele von ihnen erleben das Modell als belastend. Das zeigt eine Umfrage des Lehrerverbands.

Die Erwartungen waren hoch: keine Ausgrenzung mehr im Klassenzimmer, mehr Chancengleichheit dank des Miteinanders. So lauteten die Ziele, als die Kantone vor rund 20 Jahren nacheinander Klein- und Sonderklassen aufhoben und die Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen und speziellem Förderbedarf in die Regelklassen integrierten.

Doch im Laufe der Zeit wurde die Kritik an dem Modell lauter. Lehrpersonen berichteten, deswegen an die Belastungsgrenzen zu kommen. Manche Kantone rücken teilweise wieder davon ab. So entschied Zürich diesen Frühling, dass Schulen mehr Spielraum haben sollen, um störende oder lernschwache Kinder in separaten Klassen zu unterrichten.

Nun wollte der Verband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) von seinen Mitgliedern wissen, wie sie darüber denken - und beauftragte das Forschungsinstitut GFS Bern mit einer [Umfrage](#) unter 40'000 Mitgliedern. Davon haben sich knapp 10'400 Lehrkräfte beteiligt.

Heilpädagogen befürworten die Inklusion deutlicher

Das Resultat, das der Verband gestern den Medien präsentierte: 51 Prozent der Befragten unterstützen die integrative Förderung, 48 Prozent lehnen sie ab. Damit ist die Lehrerschaft praktisch hälftig gespalten. Allerdings: Lehrpersonen im klassischen Sinn sind gegenüber dem integrativen Modell mehrheitlich kritisch eingestellt. 54 Prozent der Lehrpersonen sind dagegen, bei jenen mit Klassenlehrfunktion sind es 56 Prozent.

Hingegen befürworten Heilpädagoginnen und -pädagogen oder IF-Lehrpersonen die Inklusion mit 76 Prozent deutlich, Schulleiterinnen und Schulleiter mit 65 Prozent.

Unterschiede gibt es auch bei den Schulzyklen. Lehrpersonen im Kindergarten und in der Primarschule unterstützen die integrative Förderung mit 56 bis 58 Prozent. In der Oberstufe kippt es: Dort sind 56 Prozent dagegen.

Die Hälfte einer Klasse hat Förderbedarf

Die befragten Lehrpersonen unterrichten im Schnitt 36 Schülerinnen und Schüler über mehrere Klassen hinweg, von denen 12 eine attestierte Diagnose haben. Weitere 3,6 Schülerinnen und Schüler haben ebenfalls Unterstützungsbedarf, wenn auch ohne Diagnose. Damit sind es pro Lehrperson



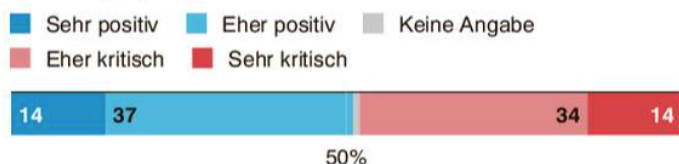
15,6 Schülerinnen und Schüler, also mehr als ein Drittel, die beeinträchtigt sind oder speziell gefördert werden müssen.

Pro Lehrperson haben im Schnitt 3,5 Schülerinnen und Schüler eine diagnostizierte Lern- und Leistungsstörung, 2,8 ADHS oder ADS, 1,8 Sprach- und Sprechstörungen, 1,2 Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen. Ein Schüler hat eine kognitive Beeinträchtigung. Weitere Diagnosen wie Autismus, Hochbegabung oder Belastungsstörungen sind seltener.

In den Städten gibt es pro Lehrperson 13,7 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, auf dem Land sind es 10,7. Auch bei den Kantonen gibt es starke Unterschiede. Einen hohen Anteil an Schülern mit Diagnose gibt es in den Kantonen Nidwalden (20 pro Lehrperson), Basel-Stadt (15,9) und Baselland (14,4). Weniger ausgeprägt ist das Phänomen hingegen in Appenzell Innerrhoden (4,4), Zug (8,2) und Uri (8,5).

Lehrpersonen sind gespalten bei der inklusionsorientierten Schule

Umfrage unter Mitgliedern des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH), in Prozent



Umfragetage: 2.–31. März 2026.
Max. Stichprobenfehlerbereich: ± 1 Prozentpunkte. (n = 10'394)

Lern- und Leistungsstörungen sind am häufigsten

Durchschnittliche Anzahl Schülerinnen und Schüler mit Diagnose pro Lehrperson

Diagnose	Anzahl
Lern- und Leistungsstörung	3,5
ADHS/ADS	2,8
Sprach- und Sprechstörung	1,8
Persönlichkeits- und Verhaltensstörung	1,2
Kognitive Beeinträchtigung	1,0
Autismus-Spektrum-Störung (ASS)	0,8
Körperlich-motorische Beeinträchtigung	0,5
Hochbegabung	0,4
Belastungs- und somatoforme Störungen	0,4
Sinnesbeeinträchtigung	0,3
Affektive Störung	0,2
andere Beeinträchtigungen/Störungen	0,3

Umfragetage: 2.–31. März 2026.
Max. Stichprobenfehlerbereich: ± 1 Prozentpunkte. (n = 6664–7379)

Emotionale Unterstützung oder Hilfe beim Organisieren

Formen der Unterstützung für Schülerinnen und Schüler (SuS) ohne formelle Diagnose. Angaben pro Lehrperson mit mindestens einer/m SuS, die/der auf weitere Unterstützung angewiesen ist, in Prozent

Unterstützungsbedarf im Setting

Bedarf nach individueller Betreuung 30%

Verhaltensbezogener Unterstützungsbedarf

Konzentrationsprobleme	22%
Schwierigkeiten Selbstorganisation	15%
Impulsives Verhalten	12%
Anderes	1%

Lern- und Leistungsbedarf

kognitive Schwierigkeiten	21%
Anderes	18%

Sozial-emotionaler Unterstützungsbedarf

Psychische Symptome	21%
Anderes	21%
Schwierigkeiten soziale Interaktionen	13%

Sprachlicher Unterstützungsbedarf

geringe Deutschkenntnisse	17%
Anderes	9%

Sonstiges

Anderes	3%
Allgemeines	1%
weiss nicht/keine Antwort	7%

Umfragetage: 2.–31. März 2026.
Max. Stichprobenfehlerbereich: ± 1 Prozentpunkte. (n = 5137)

Tabellen: mre / Quelle: Gfs Bern, Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH)



Bezogen auf einzelne Klassen ist der Anteil an Schülern mit Förderbedarf noch höher. Eine durchschnittliche Klasse der befragten LCH-Mitglieder zählt 18 Schülerinnen und Schüler. Fünf davon haben eine formelle Diagnose und zwei weitere ebenfalls Unterstützungsbedarf. Ein Schüler hat Lernzielanpassungen, und einer erhält verstärkte Fördermassnahmen. Das heisst: Die Hälfte einer durchschnittlichen Schulklasse hat speziellen Förderbedarf.

Lehrer empfinden es als belastender als Lehrerinnen

Auch wenn die Lehrpersonen die Inklusion mit einer knappen Mehrheit befürworten - im Alltag empfinden 41 Prozent der Befragten die integrative Förderung als belastend. Lediglich 24 Prozent sehen sie als erfüllende Aufgabe an. Bei jüngeren Lehrpersonen ist der Anteil derjenigen, die durch die integrative Schule belastet sind, etwas höher als bei älteren. Männer unter den Lehrpersonen sind eher belastet als Frauen (50 versus 42 Prozent).

Aus der Befragung geht hervor, dass die mangelnde Unterstützung bei der Integration für viele Lehrpersonen ein wichtiger Grund ist, warum sie das Modell kritisieren. 57 Prozent der Befragten halten die Unterstützung für ungenügend.

Vernichtende Umfrage über die integrative Schule

NZZ, 14. August 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann

Die Hälfte der Schweizer Lehrer hält das inklusive Modell für gescheitert, weil es sie überlastet – und die Schüler auch noch schlechter macht

Die integrative Schule, das Wunschprojekt der Bildungsreformer, mit dem die Sehnsucht nach absoluter Chancengerechtigkeit hätte erfüllt werden sollen, ist als Konzept seit Jahren unter Druck. Zu viele Leistungstests fallen vernichtend aus, zu viele Lehrer klagen über den unmöglichen Anspruch, allen Schülern gerecht zu werden. Nun gerät die integrative Schule endgültig ins Wanken. Man könnte auch sagen: Sie ist gescheitert.

Der Schweizer Lehrerverband hat eine Umfrage beim Forschungsinstitut GfS Bern in Auftrag gegeben, damit die latent wabernde Unzufriedenheit wissenschaftlich untersucht und glaubwürdig dargestellt werden kann. Über 10 000 Lehrerinnen und Lehrer wurden befragt. Sie haben die Chance genutzt. Aber vielleicht nicht so, wie es die Bildungsbürokratie erwartet hat.

Nur eine knappe Mehrheit hält die integrative Schule für ein sinnvolles Modell, nur jeder siebte Pädagoge steht voll hinter dem Projekt. Das Mini-Plus kommt ohnehin nur zustande, weil viele Lehrer, die derzeit gar nicht Schule geben, sich wuchtig für das inklusive Konzept ausgesprochen haben.

Geht man in die Details, zeigt sich, wie schwach der Rückhalt für das grösste Schulprojekt, die grösste Umwälzung des Systems nach nicht einmal zwei Jahrzehnten ist. Die Sekundarlehrer – die Fachleute für Kinder in einem Alter, in dem die Leistung entscheidend wird – sprechen sich deut-



lich gegen die integrative Schule aus. Genauso jene Lehrerinnen, die Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten in eine Regelklasse integrieren müssen.

Keine «erfüllende» Aufgabe

Das ist genau jene Massnahme, die als wünschenswert propagiert wurde und wofür man die inklusive Variante eingeführt hat. Nun zeigt sich: Das Modell «alle zusammen in einer Regelklasse, auch die Verhaltensauffälligen» stösst bei den betroffenen Pädagogen auf Ablehnung. Dasselbe Resultat ergeben weitere Befunde. Nur jeder Fünfte auf Sekundarstufe hält die integrative Schule für einen «erfüllenden Auftrag». 80 Prozent tun das also nicht. Die Hälfte gibt an, überlastet zu sein.

Ob diese Botschaft wohl ankommt? Dort, wo der scheinbar inklusive Gedanke prioritär behandelt wird – gerade in den pädagogischen Hochschulen? Beispiele für eine mögliche Kurskorrektur gäbe es genug: 83 Prozent der Lehrer sagen, dass ihre Arbeitsbelastung nach Einführung der integrativen Schule zugenommen habe; 81 Prozent fühlen sich durch herausforderndes Verhalten der auffälligen Schüler stark belastet; 71 Prozent sind der Meinung, dass leistungsstarke Schüler nicht gerecht gefördert würden, zu kurz kämen (was seit Jahren von offizieller Stelle bestritten wird); 52 Prozent kommen zu dem Schluss, dass das Leistungsniveau gesunken sei.

Selbst die gutmütigen Lehrer, die ihren (wertvollen) Beruf stets mit fast schon bewundernswerter Leidenschaft verteidigen, das Gute sehen in der Wissensvermittlung und in den Kindern sowieso, wenden sich von der Theorie ab: Jeder Zweite gibt schon an, dass die integrative Schule gescheitert sei. Wenn die Hälfte der wichtigsten Rädchen im System nicht an dieses glaubt: Kann es dann noch gerettet werden?

Die Abkehr des Lehrerverbands

Selbst der Schweizerische Lehrerverband, früher glühender Unterstützer des integrativen Unterrichts, hat bereits in den vergangenen Monaten einen neuen Realismus proklamiert. Die Präsidentin, Dagmar Rösler, hat ein feines Gespür für die Stimmung an der Basis. Und jene in der Politik. Die SVP und die FDP wollen die integrative Schule abschaffen. Rösler hat den Begriff längst beerdigt. Heute ist von einem «inklusionsorientierten Schulsystem» die Rede.

Doch noch gibt Rösler das Modell nicht auf. Bei der Präsentation der Umfrageresultate sagte sie, dass sich die Zukunft nicht an der «Grundsatzfrage» entscheide, ob man das Modell als Gesellschaft wolle oder nicht. «Sie entscheidet sich an der politischen Bereitschaft, endlich die notwendigen Bedingungen zu schaffen, damit sie richtig umgesetzt werden kann.» Das heisst: Der Lehrerverband fordert mehr Geld.

Dass noch mehr finanzielle Mittel reichen, wird von den Kritikern schon lange bezweifelt. Skeptisch ist etwa der Baselbieter Lehrerverband. Er spricht von «Wunschdenken statt Realitätssinn». Selbst mehr Geld hülfe nicht. Es gebe zum Beispiel gar nicht genug Heilpädagogen, um alle Kinder mit einem Sondersetting zu betreuen. Überrascht von den Ergebnissen ist der Verbandspräsident Philipp Loretz deshalb nicht. Er weist darauf hin, dass nur ein Viertel der Lehrer finde, dass die Schüler mit besonderem Förderbedarf nun gleiche schulische und soziale Chancen hätten. Und für jene hat man das System geschaffen.



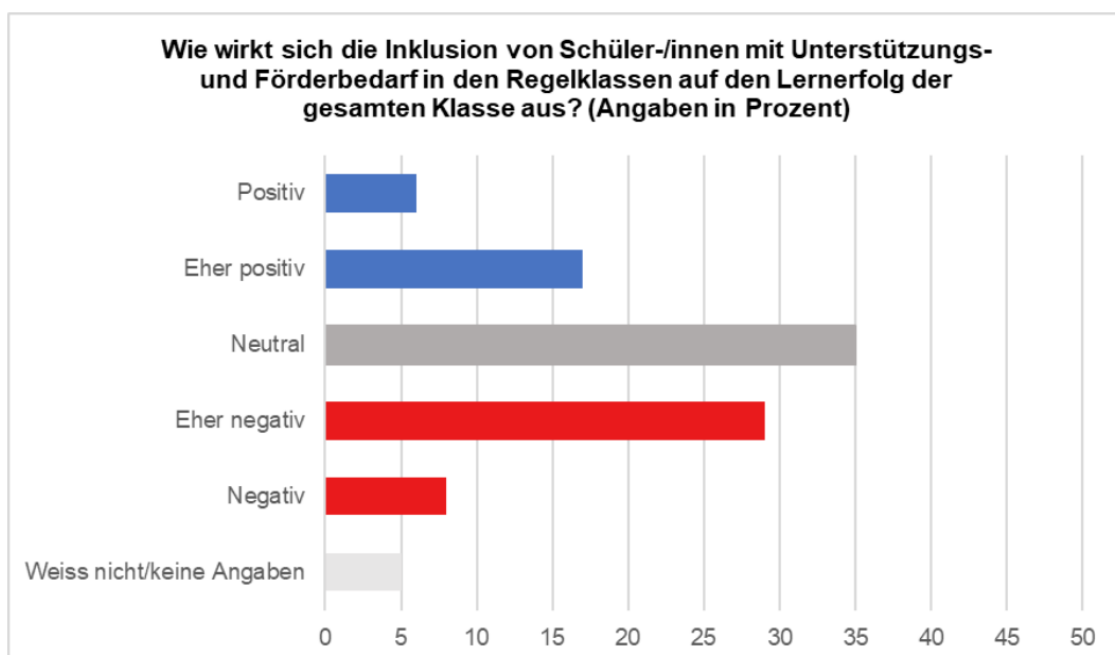
Wenn diese Kinder nicht profitieren und die Stärkeren ebenfalls geschwächt werden und die Lehrer an ihre Grenzen kommen: Dann muss sich der Lehrerverband überlegen, was überhaupt noch für die integrative Schule spricht.

LCH-Umfrage: Die ernüchternde Bilanz der Integration

Starke Schule beider Basel, 15. August 2026, Aleyna Kara

Jahrelang wurde die Integration als bildungspolitischer Fortschritt verkauft. Nun zeigt eine vom Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) in Auftrag gegebene Umfrage, wie gross die Kluft zwischen Wunsch und Realität ist. Kinder werden zwar in Regelklassen integriert, doch Förderung, Chancengleichheit und Leistungsniveau bleiben auf der Strecke. Wer diese Ergebnisse ernst nimmt, kann nicht einfach nach noch mehr Ressourcen rufen. Das System Integration ist gescheitert.

Der LCH hat die Entwicklung hin zur inklusionsorientierten Schule über Jahre mitgetragen und unterstützt. Umso erschreckender sind die Resultate seiner eigenen Befragung. Mehr als 10'000 Lehr- und Fachpersonen haben daran teilgenommen. Die Ergebnisse sind kein kleines Warnsignal, das einfach übersehen werden kann. 84 Prozent geben an, dass die Entwicklung hin zur inklusionsorientierten Schule ihre Arbeitsbelastung erhöht habe. 81 Prozent fühlen sich durch herausforderndes Verhalten stark belastet. Nur eine kleine Minderheit sagt, die Idee lasse sich im Berufsalltag gut umsetzen. Noch schwerer wiegt die pädagogische Bilanz: Eine Mehrheit sieht das allgemeine Leistungsniveau gesunken. Viele leistungsstarke Schüler/-innen kommen nach Einschätzung der Befragten zu kurz. Fast die Hälfte beurteilt die inklusionsorientierte Schule sogar als gescheitert (siehe Grafik).





Im Klassenzimmer sitzen reicht nicht

Die Integration kann einen statistischen Erfolg vorweisen: Kinder mit besonderem Förderbedarf besuchen heute häufiger die Regelklasse. Doch genau hier liegt der grundlegende Denkfehler der bisherigen Politik. Anwesenheit wurde mit sinnvoller Förderung verwechselt. Ein Kind ist nicht deshalb gut beschult, weil sein Pult im Regelklassenzimmer steht. Entscheidend ist, ob es dort lernen kann, angemessen gefördert wird und sich entwickeln kann. Ebenso wichtig ist, ob die übrigen Schüler/-innen weiterhin einen Unterricht erhalten, der ihren Bedürfnissen gerecht wird.

Die Umfrage entlarvt diesen Widerspruch besonders deutlich. In Basel-Landschaft bestätigen 80 Prozent der Befragten, dass Kinder mit besonderem Förderbedarf in Regelklassen integriert sind. Gerade einmal 28 Prozent sehen hingegen gleiche schulische und soziale Chancen für diese Kinder als verwirklicht.

Das ist ein vernichtender Befund für ein System, dessen zentrales Versprechen gerade darin bestand, bessere Chancen zu schaffen. Die räumliche Integration ist weitgehend gelungen, die pädagogische Zielsetzung jedoch nicht. Integration darf deshalb nicht länger daran gemessen werden, wie viele Kinder möglichst lange in der Regelklasse gehalten werden können. Die entscheidende Frage muss lauten: Ist diese Schulform für dieses Kind tatsächlich die beste?

Die Folgen werden im Schulzimmer abgeladen

Die Politik hat einen Anspruch formuliert, dessen Widersprüche täglich von den Schulen aufgefangen werden müssen. Eine Lehrperson soll gleichzeitig Schüler/-innen mit stark unterschiedlichen Lernzielen unterrichten, Lernschwierigkeiten auffangen, Verhaltensprobleme bewältigen, individuelle Förderprogramme umsetzen, leistungsstarke Schüler/-innen fordern und den regulären Unterricht sicherstellen. Was auf Konzeptpapieren nach Vielfalt und individueller Förderung klingt, führt im Klassenzimmer schnell zu einer Überforderung des Systems.

Besonders problematisch ist, dass dabei eine Gruppe kaum je im Mittelpunkt der Integrationsdebatte steht: die übrigen Schüler/-innen. Auch sie haben ein Recht auf ungestörten Unterricht, Aufmerksamkeit und Förderung. Wenn ein erheblicher Teil der Zeit und Energie für einzelne Schüler/-innen, Kriseninterventionen, Absprachen und Fördermassnahmen benötigt wird, fehlt diese Zeit zwangsläufig andernorts. Dass 76 Prozent der Baselbieter Befragten angeben, leistungsstarke Schüler/-innen kämen zu kurz, darf deshalb nicht als nebensächlicher Kollateralschaden abgetan werden. Eine Schule, die bestimmte Kinder besser fördern will, darf dies nicht dadurch erkaufen, dass andere weniger Förderung erhalten.

Auch der reflexartige Ruf nach mehr Geld greift zu kurz. Natürlich fehlen Zeit, Fachpersonal und rasche Unterstützung. Fast alle Befragten halten ausreichende zeitliche, finanzielle und personelle Ressourcen für entscheidend. Tatsächlich vorhanden sind sie nur bei einem kleinen Teil. Doch selbst mit zusätzlichen Ressourcen bleibt die Frage bestehen, ob jede Integration pädagogisch sinnvoll ist. Nicht jedes Kind profitiert von einer möglichst heterogenen Regelklasse. Manche Schüler/-innen brauchen einen kleineren, ruhigeren und stärker strukturierten Rahmen. Ihnen diesen zu verweigern, nur weil Separation bildungspolitisch als rückständig gilt, ist nicht fortschrittlich, sondern dogmatisch.



Pädagogik statt Integrationsdogma

Die Konsequenz aus diesen Ergebnissen kann deshalb nicht sein, das bestehende Modell mit noch mehr Aufwand irgendwie am Leben zu erhalten. Wir brauchen eine Schule, die wieder vom einzelnen Kind ausgeht statt von einem politischen Prinzip: Integration dort, wo sie funktioniert. Förder- und Kleinklassen dort, wo sie bessere Lernbedingungen schaffen. Spezialisierte Angebote dort, wo sie notwendig sind. Vor allem muss eine nicht funktionierende Integration auch beendet werden können, bevor das betroffene Kind, die Klasse und die Lehrpersonen über Monate oder Jahre darunter leiden.

Die LCH-Umfrage bietet für die Integrationsbefürworter unbequeme, aber klare Hinweise. Gerade weil der LCH die inklusionsorientierte Schule lange unterstützt hat, lassen sich diese Resultate nicht als Kritik einiger weniger Integrationsgegner abtun. Die Integration hat bewiesen, dass man Kinder organisatorisch in dieselbe Klasse setzen kann. Sie hat nicht bewiesen, dass dadurch alle besser lernen.

Eine gute Schule braucht deshalb keine vollständige Integration im Klassenzimmer. Sie braucht unterschiedliche Angebote und den Mut, für jedes Kind die passende Lösung zu wählen. Der Sitzplatz im Regelklassenzimmer darf nicht wichtiger sein als der Lernerfolg.

Aleyna Kara, Sekretariat Starke Schule beider Basel

Die Ablehnung ist viel grösser

Tages-Anzeiger, 20. August 2026, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 14.8. «Integrative Förderung: Lernschwächen, ADHS, Sprachprobleme: Jeder zweite Schüler braucht Unterstützung»

Zur Umfrage des Lehrerverbands Schweiz müssen unbedingt noch die folgenden zwei Fakten nachgereicht werden. Erstens ist die Ablehnung der integrativen Schule bei den Lehrpersonen viel höher als vom LCH angegeben. Aber der Verband hat mit seinen Zahlen dennoch nicht gelogen. Lösung des Rätsels: Im LCH sind eben nur etwa 27 Prozent aller Lehrerinnen und Lehrer organisiert, und viele der Nichtmitglieder gehören gerade deshalb nicht oder nicht mehr dem Verband an, weil sie mit seiner flammenden Unterstützung dieser hochgelobten, aber missglückten Totalintegration nicht einverstanden sind. Es darf also bestimmt angenommen werden, dass die überwiegende Mehrheit des Lehrpersonals aller Stufen die Eingliederung sämtlicher Kinder ungeachtet ihrer Lernschwierigkeiten in Normalklassen ablehnt. Und warum unterstützen Fachlehrerinnen die Integration eher als die Klassenlehrerinnen? Erstere beschäftigen sich nur für bestimmte Lektionen gezielt und einzeln mit den schwierigen Kindern und können sich dann wieder zurückziehen, während die Klassenlehrerinnen ihre Spezialfälle nebst allen andern auch nicht immer einfachen Kunden im Klassenverband betreuen müssen. Und weil ja die ganze Abteilung im Stoff trotzdem möglichst unbehelligt und stetig vorwärts kommen sollte, fallen dann natürlich Störenfriede und aufwendige Einzelzuwendungen besonders ins Gewicht.

Hans-Peter Köhli, Zürich



Stellungnahme des Vereins «Starke Volksschule St. Gallen» zum neuen Volksschulgesetz

Starke Volksschule St. Gallen, 2. Juli 2026

Der Verein Starke Volksschule nimmt nur zu wenigen einzelnen Punkten der Gesetzesvorlage Stellung. Er bezieht stattdessen Stellung zur Gesamtausrichtung des Gesetzes.

Der Verein Starke Volksschule wurde vor 12 Jahren von einigen engagierten Lehrern, Eltern, Erziehungswissenschaftlern und Mitgliedern von Schulbehörden gegründet, als der Lehrplan 21 eingeführt werden sollte. Viele erfahrene Lehrer standen dem neuen Lehrplan, der schweizweit eingeführt werden sollte, aus guten Gründen kritisch gegenüber. Eine kantonale Volksabstimmung darüber war in St. Gallen nicht möglich, weil der Kanton 2006 dem Harmos-Konkordat beigetreten war. Mit dem Konkordat wurde die Hoheit der Kantone über die Bildungspolitik abgeschafft und z.B. eine schweizweit einheitliche Sprachenpolitik eingeführt, die den Unterricht von zwei Fremdsprachen bereits während der Primarstufe vorschreibt. Leider wurde der Austritt des Kantons SG aus dem Harmos-Konkordat in der Volksabstimmung vom 25. September 2016 abgelehnt, so dass Englisch ab der 3. Klasse und Französisch ab der 5. Klasse eingeführt werden mussten. Dieses in der Praxis der letzten 10 Jahre gescheiterte Frühfremdsprachenkonzept hängt uns auch heute noch wie ein Klotz am Bein, den wir nur mühsam, auch gegen den Widerstand des Bundesrats, loswerden können, selbst jetzt, wo der Kantonsrat und die Regierung mit einer Abschaffung einverstanden sind.

Ein Volksschulgesetz ist die Grundlage für eine gute Schule. Viele Kinder verlassen heute aber die Volksschule, ohne die elementaren Grundfertigkeiten wirklich zu beherrschen. Laut der aktuellen Pisa-Studie kann jeder vierte Schulabgänger nicht richtig lesen, jeder fünfte kaum rechnen und die Tendenz zeigt nach unten, obwohl sich die Schweiz eines der teuersten Bildungssysteme der Welt leistet. Dass die Schüler im Kanton St. Gallen nicht schlechter abschneiden als in anderen Deutschschweizer Kantonen, kann uns dabei nicht trösten. In den 11 obligatorischen Schuljahren kostet ein Schüler bis zu einer halben Million Schweizerfranken, wenn zusätzlich noch Abklärungen, Sonderbeschulung, Therapien, Mittagstisch und Taxi dazukommen. Die Schweiz hat zu Recht nie gespart an der Bildung, denn die Volksschule ist das Fundament des Staates. Dann sollte aber auch ein besseres Ergebnis zu erwarten sein. Gleichzeitig zum eklatanten Leistungsabbau nimmt die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die eine spezielle Förderung benötigen und psychische Probleme haben, besorgniserregend zu. Statt eines ausufernden Sonderpädagogik-Konzepts mit sog. «Ressourcenpaketen» für jeden betroffenen Schüler wäre es sicher zielführender, die Klassengemeinschaft und die Rolle des Lehrers zu stärken, statt die Schüler mit selbstorganisiertem Lernen und zu frühem Einsatz digitaler Medien zu überfordern.

Bezeichnend für die unserer Meinung nach untaugliche Ausrichtung des Gesetzes ist die ersatzlose Streichung der Erziehungsziele «Erziehung des Kindes zu einem lebensbejahenden, tüchtigen und gemeinschaftsfähigen Menschen» des bisherigen Artikels 3 zum Erziehungs- und Bildungsauftrag. Dies sollen offensichtlich keine vorrangigen Ziele mehr sein. Eine Stärkung der Gemeindeautonomie bei sonderpädagogischen Massnahmen wird von uns befürwortet, eine zentrale Abklärungsstelle dafür (Art. 44, 2c) ist abzulehnen, da sie individuelle flexible Lösungen der Gemeinde erschwert



und erheblichen bürokratischen Aufwand verursacht. Um unnötigen bürokratischen Aufwand zu vermeiden, ist auch Art. 72, a,2 zu streichen. Ein lokales Qualitätskonzept des Volksschulträgers ist überflüssig.

Heute gibt es immer mehr Eltern, die ihr Kind in eine Privatschule schicken möchten, da die staatlich organisierte Schule keine gute Bildung mehr garantiert. Im neuen Volksschulgesetz werden den Privatschulen jedoch Vorschriften gemacht, die den Betrieb und Aufbau von Privatschulen erschweren (siehe Artikel 63 und 64). Auch will man den Gemeinden mehr Verantwortung für die Bildung übertragen, was jedoch nur dann möglich ist, wenn der Staat für gute Lehrmittel und für gut ausgebildete Lehrer sorgt.

Mehr Joker-Halbtage und Dispensationen behindern den Schulbetrieb. Der administrative Aufwand für die Lehrer wird noch grösser. Die Verantwortung für das Erreichen der Lernziele wird den Eltern übertragen. Wie und von wem soll das kontrolliert werden?

Eine Gruppe von renommierten Bildungsexperten aus allen Bereichen des Bildungswesens hat Ende April an einer Medienkonferenz ihr Manifest «Wendepunkt Bildung – Mut zur Kurskorrektur» vorgestellt. Zusammengefunden hat sich diese überparteiliche Gruppe aufgrund ihrer seit vielen Jahren gemeinsamen grossen Besorgnis über die fatale Entwicklung unseres ursprünglich ausgezeichneten, international anerkannten Bildungswesens. Die verheerende Bilanz aus 20 Jahren verfehlter Bildungspolitik, basierend auf einer regelrechten Reformkaskade, die «an Parlamenten und Volk vorbei» implementiert wurde (Prof. Hans Zbinden) muss dringend öffentlich diskutiert werden. Dazu braucht es in den eigentlichen Schaltstellen der Reformen, den Pädagogischen Hochschulen und den Bildungsverwaltungen ein Innehalten, eine ehrliche gemeinsame Reflexion und Mut zur Kurskorrektur in der Schweiz. Die konkreten Vorschläge der Expertengruppe sollten auch in einem revidierten St. Galler Volksschulgesetz berücksichtigt werden.

Wir können das neue Volksschulgesetz in dieser Form nicht unterstützen und schlagen vor, angesichts der grossen Probleme im Bildungsbereich, mit Fachleuten aus der Praxis- (vor allem den Lehrpersonen) neue Wege zu suchen und sich auf das zu besinnen, was der Bildungsentwicklung unserer Jugend wirklich dient.

Starke Volksschule St. Gallen